PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 078/08 vom 28. Februar 2008

Susanne Herold zu TOP 17 und 21:
Vor dem 8-järigen Abitur braucht niemand Angst zu haben

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Sie können Ihren Keller „entrümpeln“ - aber nicht unsere Lehrpläne (!)
- oder - wie Sie es formulieren - Stoffpläne.
Aus Ihrem Antrag wird leider nicht deutlich, was Sie denn nun im eigentlichen Sinne „entrümpeln“ wollen.
Wollen Sie unsere Lehrpläne auf reine Stoffverteilungspläne reduzieren?
–sprich, auf reine Wissensvermittlung?
Vielleicht bessern Sie da noch einmal fachlich nach!

Gymnasien sind die „Leistungsträger“ in unserem Bildungssystem – an ihrer Qualität richtet sich das gesamte Niveau unserer Schulen aus.
Erklärtes Ziel der CDU ist unsere Gymnasien zu stärken und die Qualität des Abiturs zu verbessern.

Dafür treten wir ein! Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns für die Schulzeitverkürzung an Gymnasien eingesetzt. Hinzu kommen für uns die Forderungen nach einer breiteren Grundlagenbildung durch die Profiloberstufe sowie die Einführung des Zentralabiturs. Dieses haben wir mit unserem Koalitionspartner nunmehr auch so im neuen Schulgesetz festgeschrieben und das ist auch gut so.

Pressesprecher Dirk Hundertmark Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440 Telefax 0431-988-1444 E-mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Lassen Sie mich für heute bei der Verkürzung von 9 auf 8 Schuljahre am Gymnasium bleiben, die dann endlich auch in Schleswig-Holstein, als Fast-Schlusslicht im Bundesvergleich, flächendeckend eingeführt wird.

Wie kommt es, dass die leistungsstarken Nationen der Welt es schaffen, ihre Kinder die Schulen mit 17 und die Hochschulen mit 24 Jahren abschließen zu lassen? Und zufällig sind es gerade die Länder, die auf dem Weltmarkt der Bildung am attraktivsten sind!
Deutschlands Hochschulabsolventen hingegen, gehören zu den Ältesten weltweit.

Ein Nachteil im Wettbewerb, der neben Reformen der Hochschulen auch durch eine kürzere Schulzeit gemindert werden soll und fortan auch in Schleswig-Holstein gemindert werden wird.

Wir sagen: Ein schnelleres Erreichen der allgemeinen Hochschulreife ist für die persönliche und berufliche Zukunft unser Schülerinnen und Schüler wichtig! Wenn sie zukünftig ihr Studium und ihre Ausbildung früher beginnen können, verbessern sich ihre Startchancen. Denn der Arbeitsmarkt wird immer internationaler und für diesen Wettbewerb gilt es, unsere Schülerinnen und Schüler fit zu machen.

Und eines, meine Damen und Herren, steht dabei für mich fest: Vor dem 8-jährigen Abitur braucht niemand Angst zu haben. „Es ist kein Turbo-Angebot für eine Elite“. Alle Schüler, die für das Gymnasium geeignet sind, werden dort auch künftig ihr Abitur machen – eben „nur“ in kürzerer Zeit.
Es war übrigens die ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis, die in ihrer Regierungserklärung im Jahre 2000 sagte, dass überlange Schul- und Ausbildungszeiten für unsere Kinder hinderlich seien.

Im folgenden Schuljahr wurde daraufhin das Abitur nach 12 Jahren an schleswig-holsteinischen Gymnasien als Modellversuch eingeführt. Und ich muss sagen, „sehr zum Leidwesen der CDU“ nur als Modellversuch. Hätte sich die SPD schon damals konsequent an die Umsetzung von G 8 gemacht, würden im nächsten Jahr die ersten Abiturienten das Gymnasium nach 8 Jahren verlassen.

Die Debatte zur anstehenden Einführung der Schulzeitverkürzung wird spätestens nach dem Temperamentsausbruch des TV-Moderators Beckmann sehr emotionsgeladen geführt: „Mein Sohn muss jeden Tag ein Wahnsinnslern-Programm absolvieren, da bleibt kaum Zeit für eigene Interessen“.

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz klar und deutlich: Bildung ist an sich ein „eigenes Interesse“ unserer Kinder. Schule ist keine „lästige Pflicht“ auf dem Weg zum Abitur, sozusagen als Eintrittskarte in das akademische Drittel unserer Gesellschaft. Schule und damit Bildung gehört zur Erziehung eines mündig denkenden Bürgers dazu –und das muss ein „Eigeninteresse“ jedes Einzelnen von uns sein.

Lassen Sie mich auf die zurzeit geführte Debatte zurückkommen. Die CDU hat gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner einen Antrag eingebracht, um zu einer Versachlichung der G 8-Debatte beizutragen. An 14 Gymnasien im Lande gibt es seit Jahren G 8-Jahrgänge. Wir möchten von der Landesregierung wissen, welche Erfahrungen hier gemacht wurden und ob es zu übermäßigen Belastungen an den jeweiligen Schulen gekommen ist. Ich denke, die Ergebnisse werden uns in der weiteren Auseinandersetzung sehr hilfreich sein.
Das soll jedoch nicht heißen, dass wir die Befürchtungen und Ängste, die vielfach auf Eltern- aber auch auf Lehrer- und Schülerseite zur Schulzeitverkürzung formuliert werden, nicht ernst nehmen!

Wir sagen aber auch deutlich, dass das G 8 (noch bevor es in S.-H. flächendeckend gestartet ist) nicht als Sündenbock für alle schulischen Probleme missbraucht werden darf. Meine Damen und Herren, wir hatten Ende letzten Jahres die Landeselternbeiräte zu einem Gespräch in der Fraktion. Kein Wort von Überforderung unserer Kinder und Überfrachtung der Lerninhalte.
Bisher wurde vielmehr vor allem in der niemals enden wollenden PISA-Diskussion von Elternseite geklagt, dass die Kinder zu wenig Unterricht bekämen und zu langsam lernten. Jetzt ist es plötzlich zu viel Unterricht und zu schnell!

Bündnis 90/ Die Grünen fordern heute reißerisch die „Entrümpelung von Lehrplänen“ (oder meinen Sie doch die Stoffpläne?).

Für die CDU ist die „Entrümpelung“ oder Straffung von Lerninhalten, wie auch immer Sie es bezeichnen mögen, kein geeignetes Mittel. Unsere Schüler lernen kein „Gerümpel“, das man entsorgen müsste.

Entsprechend können keineswegs Abstriche bei den wirklich wichtigen Lerninhalten vorgenommen werden. Bereits erfahrene G 8-Schüler beklagen deshalb auch nicht die Stofffülle, sondern die Organisation derselben an der Schule.
Das Wesen von G 8 liegt (doch) in der Steigerung der Leistungsanforderungen - es gilt den gleichen Stoff in kürzerer Zeit zu bewältigen. Kürzen wir die Lerninhalte parallel zur Verkürzung der Schulzeit, erreichen wir genau das

Gegenteil von dem was wir eigentlich beabsichtigen. Einen Qualitätsabbau, ein so genanntes „Abitur Light“, das den hohen qualitativen Ansprüchen nicht genügt, auch in Frage stellt. Und genau das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, will die CDU nicht.
Die mit dem Streichen von Lerninhalten verbundene Verkürzung der Gesamtstundenzahl, die derzeit bundesweit bei 265 Stunden liegt, darf genau aus dem gleichen Grunde, nicht infrage gestellt werden.
Wobei ich auch davon ausgehe, dass diese Maßnahme bundesweit gar nicht durchsetzbar sein wird.

Unterricht über die 6. Stunde hinaus wird also nicht zu umgehen sein, wenn die Schulzeit verkürzt und die bisherige Gesamtstundenzahl unverändert bleibt. Der von der FDP aufgeworfenen Forderung nach Ausweitung der Ganztagsangebote für Gymnasien werden wir deshalb folgen. Das Land und die Kommunen müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Nachmittagsangebote zu gewährleisten. Das bedeutet, dass auch die Möglichkeit einer warmen Mahlzeit für alle Schülerinnen und Schüler gegeben sein muss.

Abschließend gilt mein besonderer Dank den Lehrkräften an den Gymnasien unseres Landes, die zurzeit mit den Vorbereitungen zur Verkürzung der Schulzeit und der Profiloberstufe in Schleswig-Holstein befasst sind. Ohne sie sind diese anstehenden Reformen nicht zu leisten. Also noch einmal ein herzliches Dankeschön an sie!

Die CDU wird sie/Sie unterstützen, damit die Umsetzung von G 8 auch an Schleswig-Holsteins Gymnasien reibungslos stattfinden kann und dazu zählt für uns auch eine adäquate Lehrerversorgung an den „überquellenden“ Gymnasien. Dieses Thema wird uns bei den Beratungen des Doppelhaushaltes 2009/10 noch beschäftigen.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich die Antragsüberweisung der Drucksache 16/1874 „ Förderung von Ganztagsschulen an Gymnasien“ an den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung.
Weiterhin beantrage ich die Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1852 – „Stoffpläne entrümpeln, individuelle Förderung stärken“ und bitte um Ihre Zustimmung zum Änderungsantrag von CDU und SPD.